

## Drei Fragen an Christoph Heusgen

### Welche wichtigen Ziele konnten Sie während Deutschlands Amtszeit im UN-Sicherheitsrat erreichen?

Deutschland hat sich systematisch für die Stärke des Rechts eingesetzt. Ein Beispiel: In vielen Konflikten ist der Einsatz sexueller Gewalt eine schreckliche Kriegswaffe. In unserer ersten Präsidentschaft im April 2019 hat der Sicherheitsrat eine Resolution verabschiedet, die erstmals die Überlebenden dieser Verbrechen in den Mittelpunkt rückt und den Weg dafür ebnet, dass die Täter zur Rechenschaft gezogen werden. In unserer zweiten Präsidentschaft im Juli 2020 stand die grenzüberschreitende humanitäre Hilfe für die Menschen in Syrien auf Messers Schneide. Es war zu befürchten, dass China und Russland die humanitären Zugänge zu den notleidenden Menschen ganz kappen. Wir sind erleichtert, dass zumindest ein Zugang für eine verlängerte Dauer gesichert werden konnte.

### Was ist Ihnen nicht gelungen?

Der Sicherheitsrat muss dringend reformiert werden. Die Mehrheit der Weltgemeinschaft ist dafür. Gemeinsam mit der Gruppe der 4 (G4) – Brasilien, Indien und Japan – dringt Deutschland seit geraumer Zeit auf den Start konkreter Verhandlungen. Aber auch in den letzten zwei Jahren waren die Beharrungskräfte der wenigen Reformgegner, allen voran China, massiv. Dabei spiegelt der Sicherheitsrat, in dem beispielsweise kein afrikanisches Land einen ständigen Sitz hat, die Realitäten der Welt nicht mehr wider. Das Gremium riskiert damit einen Legitimitätsverlust. Dass Deutschland dauerhaft einen Platz im Sicherheitsrat einnehmen sollte, haben wir in den vergangenen zwei Jahren erneut bewiesen.

### Welche Lehren ziehen Sie für Deutschlands außenpolitisches Handeln?

Wir haben in New York wie im Brennglas erlebt, wie sehr die internationale Ordnung unter Beschuss steht. Russland scheut vor der Missachtung des Völkerrechts immer weniger zurück. China propagiert seine Sicht einer Welt, die den individuellen Menschenrechtsschutz unterminiert. Die vormalige US-Regierung hat sich aus bedeutenden multilateralen Strukturen zurückgezogen und damit dort Lücken gerissen, wo Führungskraft am dringendsten nötig ist. Dem muss Deutschland weiterhin das Leitmotiv unseres außenpolitischen Handelns entgegensetzen: das Eintreten für eine regelbasierte internationale Ordnung. Denn gemeinsame internationale Lösungen sind fairer und halten länger. Mit der neuen US-Regierung stehen die Aussichten darauf nun besser als vor zwei Jahren.



**Dr. Christoph Heusgen,**  
geb. 1955, ist seit Juli 2017 Ständiger Vertreter  
Deutschlands bei den Vereinten Nationen in  
New York.

FOTO: LETIZIA MARIOTTI

Mit seiner Haltung positionierte sich Deutschland als ›Arbeitspferd‹ im Rat. Und gerne hätte die deutschen Delegation noch weitere Aufgaben übernommen. Unter anderem schlug sie Frankreich vor, dass sich beide UN-Vertretungen hinsichtlich der Arbeit zu Mali die Federführung teilten. Der französischen Vertretung jedoch war daran gelegen, die Kontrolle über das UN-Engagement in ihrer ehemaligen Kolonie zu behalten und lehnte ab.

Darüber hinaus erwiesen sich viele der von Deutschland übernommenen Prozesse als strittig. Im Jahr 2019 drohte China mit einem Veto gegen die Erneuerung des Mandats der Hilfsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan (United Nations Assistance Mission in Afghanistan – UNAMA). China bestand darauf, dass die Sicherheitsratsresolution Formulierungen enthalten sollte, die seine ›Neue Seidenstraßen-Initiative‹ lobten.<sup>2</sup> Noch gravierender war, dass Russland sowohl im Dezember 2019 als auch im Juli 2020 darauf drängte, die Anzahl der Grenzübergänge für humanitäre Hilfe in Syrien einzuschränken, was zu zwei heftigen Auseinandersetzungen im Rat führte.<sup>3</sup>

Auch wenn Deutschland und seine Verbündeten in beiden Fällen Kompromisse erzielen konnten, so war die Regierung bei ihren Bemühungen zu Sudan und Libyen deutlich kreativer, wenn nicht sogar erfolgreicher. In beiden Fällen hat Deutschland mit Großbritannien die ›Feder geteilt‹. Großbritannien hatte dieser Vereinbarung hauptsächlich deswegen zugestimmt, um während des ›Brexit‹ Wohlwollen zu genießen. Gleichzeitig war die deutsche Regierung sehr darauf bedacht, dem Prozess ihren eigenen Stempel aufzudrücken. Nachdem die UN-Bemühungen um ein Friedensabkommen in Libyen im Jahr 2019 gescheitert waren, versuchte Deutschland einen Neustart der diplomatischen Bemühungen, indem es zu multinationalen Waffenstillstandsgesprächen in Berlin einlud und im Januar 2020 eine Sicherheitsratsresolution einbrachte. Gemeinsam leiteten Deutschland und Großbritannien in Sudan die UN-Gespräche zur Einrichtung einer neuen politischen Mission, um den Übergang des Landes zu einer Regierung nach dem Sturz von Präsident Omar al-Bashir zu unterstützen.

Beide Prozesse erwiesen sich als frustrierend. Im Fall Libyen blockierte Russland wochenlang die Verabschiedung der Sicherheitsratsresolution, die das Ergebnis der Berliner-Konferenz bestätigten sollte, um seinen libyschen Verbündeten General Chalifa Haftar zu schützen. Die USA waren vor allem bestrebt, eine Passage in die Resolution aufzunehmen, die private Militärfirmen Russlands kritisierte. Mit der Ausbreitung der COVID-19-Pandemie, die die gesamte internationale Aufmerksamkeit auf sich zog, spitzte sich die Gewalt in Libyen zu. Doch die UN-Vermittler konnten